

Brenke Karl; Wagner, Gert G.

Article — Published Version

Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Brenke Karl; Wagner, Gert G. (2013) : Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 93, Iss. 2, pp. 110-116,
<https://doi.org/10.1007/s10273-013-1493-5>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/72166>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Karl Brenke, Gert G. Wagner*

Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum

Während in Deutschland seit Beginn der vergangenen Dekade der Lohnanstieg deutlich hinter dem Anstieg der Wirtschaftsleistung zurückgeblieben ist, konnten die Vermögenseinkommen und die Selbständigeneinkünfte zulegen – mit der Folge einer wachsenden Ungleichverteilung der Einkommen. Das damit verbundene Spar- und Ausgabeverhalten bremst den privaten Konsum. Insofern wären stärkere Lohnsteigerungen sinnvoll, die zudem auch den europäischen Konsolidierungsprozess voranbringen würden. Deutschland sollte nach Meinung der Autoren Abschied von dem stark auf den Export ausgerichteten Wachstumsmodell nehmen, das nicht nur die inländische Nachfrage hemmt, sondern auch in der Europäischen Währungsunion für erhebliche Spannungen sorgt.

Galt Deutschland noch vor knapp zehn Jahren als der „kranke Mann Europas“,¹ so sprach Ex-Kanzler Gerhard Schröder kürzlich bei der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik von Deutschland als der „starken Frau des Kontinents“.² Und vor kurzem war gar die Rede von einem „zweiten Wirtschaftswunder“ hierzulande.³ In der Tat fiel das Wachstum der Wirtschaftsleistung in der ersten Hälfte der letzten Dekade sehr schwach aus: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs jahresdurchschnittlich real lediglich um 0,6% (vgl. Tabelle 1). Das war nach den Daten von Eurostat eine deutlich geringere Zunahme als in der gesamten EU (1,8%) oder in der Eurozone (1,5%) – und ein viel geringeres Wachstum als etwa in Spanien (3,3%) oder Griechenland (4,0%). Erst ab Mitte der letzten Dekade lief es dann besser, wobei der Verlauf wegen der Folgen der weltweiten Finanzkrise außergewöhnlich volatil ausfiel: Einem zuvor starken Aufschwung folgte Ende 2008 ein noch tieferer Fall, und schon wenige Monate danach setzte ein rasanter Aufholprozess ein. Der Aufholprozess nach der Lehman-Katastrophe ist allerdings keineswegs vollständig gewesen. Das kann man z.B. am

Vergleich der letzten Steuerschätzung vor der Lehman-Pleite und dem heute geschätzten Verlauf sehen. Trotz eines Rekordbetrags für 2012 lagen die Steuereinnahmen unter dem im Frühjahr 2008 für das Jahr 2012 geschätzten Wert.⁴ Und für 2013 ist zu erwarten, dass es gesamtwirtschaftlich kein einfaches Jahr werden wird.⁵

Die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts hing nicht zuletzt damit zusammen, dass die Technologieblase geplatzt war, was in den meisten Industrieländern einen konjunkturellen Abschwung nach sich zog. Eigentlich hätte auch in Deutschland geldpolitisch gegengesteuert werden müssen.

4 Vgl. C. Hulverscheidt: Krise kostet Deutschland halbe Billion Euro an Steuern, in: Süddeutsche Zeitung vom 2.11.2012, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/steuerschaetzungen-im-vergleich-krise-kostet-deutschland-halbe-billion-euro-an-steuern-1.1512240>.

5 Vgl. F. Fichtner et al.: Wintergrundlinien 2013, in: Wochenbericht des DIW, 80. Jg. (2013), Nr. 1/2, S. 3-48.

* Eine erste Version dieses Aufsatzes wurde beim 3. Weimarer Wirtschaftsforum „Aufbau Ost“ am 4. September 2012 vorgetragen.

1 Vgl. unter anderen H.-W. Sinn: Der kranke Mann Europas. Diagnose und Therapie eines Kathedersozialisten, Deutsche Rede, Schloss Neuhardenberg, 15.11.2003, <http://www.cesifo-group.de/de/fo-home/publications/individual-publications/Hans-Werner-Sinns-Vie-wpoints/Mut-zu-Reformen/Deutsche-Rede-200311.html>.

2 Vgl. <http://www.handelsblatt.com/politik/oekonomie/nachrichten/tagung-in-goettingen-oekonomien-entschluesseln-deutsches-job-wunder/7126498.html>.

3 Vgl. unter anderen M. Balsler: Deutschland erlebt ein neues Wirtschaftswunder, in: Süddeutsche Zeitung vom 8.2.2012. Dieser Artikel wurde unter dem Eindruck der raschen Erholung von den Folgen der weltweiten Finanzkrise geschrieben. Aber auch schon vor dieser Krise wurde der Begriff verwendet – vgl. T. Straubhaar: Das zweite deutsche Wirtschaftswunder, in: HWWI-Standpunkt, November 2007.

Karl Brenke, Soziologe, ist wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich sowie im Bereich Konjunkturanalyse und -prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Prof. Dr. Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des DIW Berlin und Professor für Empirische Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin.

Tabelle 1

Entwicklung der Verwendung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts

Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in %

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	insgesamt ¹	Inländische Verwendung				Exporte	Importe	Außenbeitrag
			private	staatliche	insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen darunter: Ausrüstungs- investitionen			
2000 bis 2005	0,6	-0,4	0,3	0,3	-2,0	-0,2	6,3	3,9	48,5
2005 bis 2008	2,7	1,9	0,7	1,8	4,7	8,3	7,9	6,8	14,8
2008 bis 2009	-5,1	-2,5	0,1	3,0	-11,6	-22,5	-12,8	-8,0	-39,8
2009 bis 2012	2,6	1,6	1,1	1,2	3,2	4,1	8,5	6,9	20,4
2000 bis 2012	1,1	0,5	0,6	1,2	0,1	0,8	5,5	4,3	22,6

¹ Einschließlich Vorratsveränderungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Da allerdings die Europäische Währungsunion gerade gegründet worden war, gab es keine eigenständige deutsche Geldpolitik mehr. Die EZB musste den Wirtschaftsverlauf und den Anstieg der Teuerung in allen Ländern der Eurozone im Auge haben – und in manchen Staaten hatte ein regelrechter Konsum- oder Immobilienboom eingesetzt. Für diese Staaten war die Geldpolitik zu locker, für Deutschland war sie zu restriktiv. Vor allem aber liefen die Binnennachfrage und die außenwirtschaftlichen Aktivitäten auseinander. Die Binnennachfrage schrumpfte von 2000 bis 2005 im Jahresdurchschnitt um 0,4%, die Exporte zogen mit einer allmählich einsetzenden weltweiten Erholung mehr und mehr an und übertrafen deutlich die Importe. Für eine strukturelle Wettbewerbschwäche spricht das nicht, gleichwohl wurde dem damaligen Exportweltmeister Deutschland diagnostiziert, ein „kranker Mann“ zu sein. Als Therapie helfe, da waren sich fast alle einig, nur Lohnzurückhaltung.⁶

Angestoßen durch die vermehrte Exporttätigkeit belebte sich nach und nach auch die Binnennachfrage. Die Investitionen in Ausrüstungen zogen schon ab 2003 deutlich an, weil angesichts des lebhaften Exportgeschäfts zur Belieferung der Kunden im Ausland Produktionsanlagen benötigt wurden. Erst drei Jahre später nahmen auch der private wie der staatliche Konsum zu, denn die Beschäftigung baute sich wieder auf und die Steuereinnahmen verbesserten sich. Die Wachstumsraten der inländischen Nachfrage fielen aber auch dann viel geringer aus als die außenwirtschaftliche Expansion, insbesondere der Konsum der privaten Haushalte hinkte nach. Der private Verbrauch ist allerdings in Deutschland wie in fast allen Volkswirtschaften die mit Abstand bedeutendste Nachfragekomponente; sein Anteil am BIP belief sich 2012 auf 57%. Entwickelt er sich nur schwach, kann das gesamtwirtschaftliche Wachstum auch nur wenig vorankommen.

6 Vgl. H.-W. Sinn: Basarökonomie. Deutschland: Exportweltmeister oder Schlusslicht?, Berlin 2005.

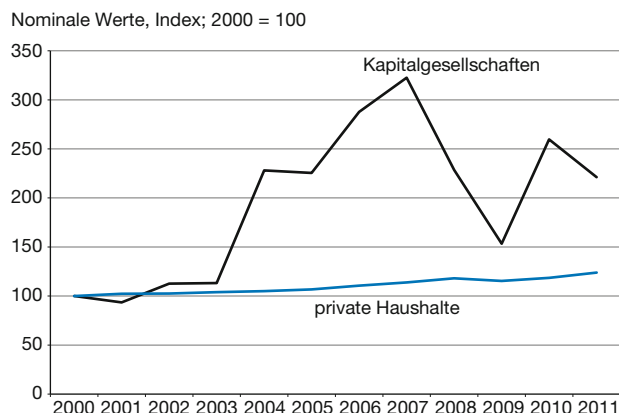
Was sind die Ursachen dafür, dass die Binnennachfrage in Deutschland, insbesondere der private Konsum, bis zuletzt deutlich hinter dem Wachstum des BIP zurückblieb? In den Feuilletons wird mitunter vermutet, dass sich die Menschen von der Konsumgesellschaft abwenden.⁷ Konsumkritische Enthaltensamkeit mag es zwar geben, die übergroße Mehrheit der Gesellschaft teilt aber eine entsprechende Einstellung sicher nicht.

Wird vielleicht ein wachsender Teil der Haushaltseinkommen angelegt, um für das Alter vorzusorgen? Die Deutschen sparen im internationalen Vergleich zwar durchaus recht viel, einen generellen Trend hin zum vermehrten Sparen gibt es aber nicht. Die Sparquote betrug 2012 genau 10%; das sind zwar drei Prozentpunkte mehr als 2000, aber 4,3 Prozentpunkte weniger als beispielsweise 2007. Anfang der 1970er Jahre wurden in der „alten“ Bundesrepublik noch Werte von etwa 20% erreicht. Es zeigt sich allerdings ein früher nicht gekannter Zusammenhang zwischen der Einkommensentwicklung und dem Sparverhalten: Wenn sich das jährliche verfügbare Einkommen der privaten Haushalte günstig entwickelt, wachsen auch die zusätzlichen Ersparnisse; entwickeln sich die Einkommen eher schlecht, wird auch weniger zurückgelegt.⁸ Das Konsumverhalten hängt also stärker von der jeweiligen Einkommensentwicklung ab.

7 Vgl. z.B. T. Assheuer: Der große Ausverkauf – Das Unbehagen am Kapitalismus wächst. Nicht einmal Manager vertrauen noch dem Markt. Gerät nun das ganze System ins Wanken?, in: Zeit, Nr. 14, 27.3.2008, <http://www.zeit.de/2008/14/Vertrauenskrise-Kapitalismus>. Für einen kritischen Blick auf diese Art der Wachstumskepsis vgl. H. Beyerle: Die unehrliche Wachstumskritik, in: Universitas, 68. Jg., H. 800, S. 37-46.

8 Die lineare Regression der jährlichen Veränderungsrate von verfügbarem Einkommen und Veränderung der Sparbeträge ergibt für die Zeit von 1995 bis 2012 einen R²-Wert von 0,76. Für den Zeitraum von 1971 bis 1991 stellte sich indes lediglich ein R²-Wert von 0,08 ein.

Abbildung 1
Entwicklung der Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften und der privaten Haushalte



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Divergierende Einkommens- und Vermögensverteilung

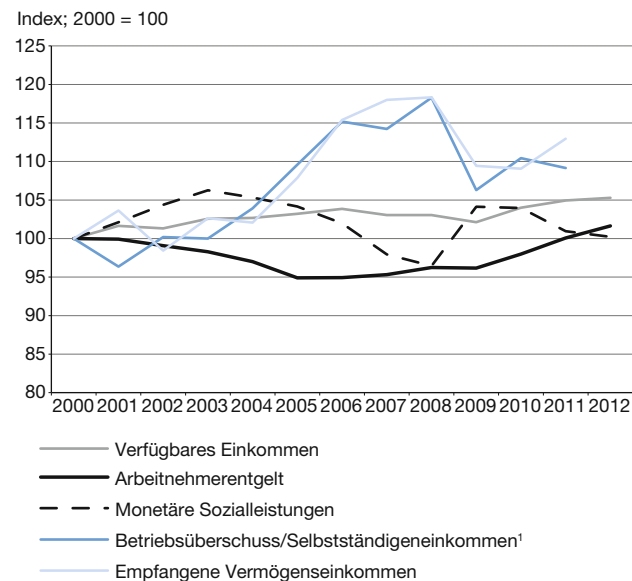
In jüngerer Vergangenheit kam es zu einem deutlichen Auseinanderdriften bei der Verteilung der Erträge aus der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Das zeigt sich besonders deutlich, wenn die Einkünfte der privaten Haushalte denen der Kapitalgesellschaften gegenübergestellt werden: Die Gewinne der Kapitalgesellschaften stiegen vor Steuern schon seit 2002 schneller als die Primäreinkommen der privaten Haushalte (vgl. Abbildung 1). Wegen der Finanzkrise brachen die Gewinne 2008 und 2009 zwar stark ein, danach haben sie sich aber rasch wieder erholt. Das Einkommen der privaten Haushalte entwickelte sich dagegen viel stetiger – und viel langsamer.

Werden allein die Einkommen der Privathaushalte betrachtet, zeigen sich ebenfalls divergierende Entwicklungen – vor allem hinsichtlich der einzelnen Einkommensquellen. Die Selbständigeneinkünfte/Betriebsüberschüsse sowie die Einkommen aus Vermögen haben – um die Teuerung bereinigt⁹ – kräftig zugenommen (vgl. Abbildung 2). Die Vermögenseinkommen konnten aber längst nicht so stark wie die Gewinne der Kapitalgesellschaften expandieren,¹⁰ wenngleich sie über Dividendenzahlungen aus ihnen gespeist werden – allerdings nur zum Teil. Ganz anders sieht dagegen das Bild bei den Löhnen aus: Die Arbeitnehmerentgelte waren in der Summe bis 2006 rückläufig, erst danach kam es zu einer, wenn auch nicht starken Aufwärtsbewegung.

⁹ Bereinigt um die Veränderung der Verbraucherpreise.

¹⁰ Laut amtlicher Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung wuchsen die Gewinne der Kapitalgesellschaften von 2000 bis 2011 (dem Jahr, für das es derzeit die zeitnahesten Informationen gibt) um nominal 67%, die Vermögenseinkommen um 35%.

Abbildung 2
Entwicklung der Realeinkommen der privaten Haushalte nach Einkommensquellen



¹ Abzüglich des Saldos der geleisteten und empfangenen betrieblich bedingten Zinsen, geleistete Pachten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Die monetären Sozialleistungen zogen real bis 2003 an und nahmen danach deutlich ab; wegen der Folgen der Finanzkrise und damit einhergehender vermehrter Auszahlungen zur Arbeitslosenunterstützung und zur Kurzarbeit sind sie zwar zeitweilig gewachsen; seit 2009 befinden sie sich allerdings wieder im Rückwärtsgang. Insgesamt sind die Sozialleistungen lediglich so hoch wie zu Beginn des letzten Jahrzehnts; dasselbe gilt für die Arbeitnehmerentgelte. Deutlich gewachsen sind dagegen die Einkünfte aus Vermögen sowie die Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse.

Mit Blick auf die Einkommensentwicklung hatten die Arbeitnehmer also das Nachsehen, denn von den – wenn auch nicht gerade starken – Zuwächsen bei der Wirtschaftsleistung hatten sie kaum etwas. Das gilt auch dann, wenn man die Perspektive wechselt und von der gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme hin zu den Stundenlöhnen schwenkt: Netto waren die realen Stundenlöhne 2012 laut amtlicher Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung gerade einmal um 3% höher als zur Jahrtausendwende, brutto waren es 2% mehr, wobei erst die jüngste, etwas bessere Lohnentwicklung für dieses Plus gesorgt hat. Bei den Sozialleistungen machte sich zum einen bemerkbar, dass die Renten an die Lohnentwicklung gekoppelt sind, zum anderen wurden Unterstützungsleistungen wegen des seit Mitte der letzten Dekade recht günstigen Verlaufs auf dem Arbeitsmarkt entbehrlicher.

Auseinanderlaufende Entwicklungen zeigen sich ebenfalls, wenn die Haushalte nach der Höhe ihrer Einkommen gegliedert werden. Geöffnet hat sich die Einkommensschere allerdings nur bis etwa 2006, dann nicht mehr. Merklich expandiert haben nach den Daten des für das DIW Berlin erhobenen Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)¹¹ nur die Einkünfte jenes Viertels aller Haushalte, das am oberen Ende der Einkommensskala rangiert (vgl. Abbildung 3). Noch stärker war das beim oberen Zehntel der Fall. Dessen Jahreseinkommen ist mehr als zehnfach höher als das der entsprechenden Gruppe am unteren Ende der Einkommensskala. Dagegen ist die Bedeutung der Einkommen jener Haushalte, die zur mittleren Hälfte (zweites und drittes Viertel zusammengenommen) zählen, geschrumpft – wenn gleich nicht viel. Und diese Gruppe kommt in der Summe ihrer Einkünfte nicht auf ein solches Einkommensaggregat wie die Gruppe des oberen Viertels – obwohl diese viel weniger Haushalte umfasst. Anfang des letzten Jahrzehnts lagen die Einkommensaggregate beider Gruppen indes fast noch gleichauf.

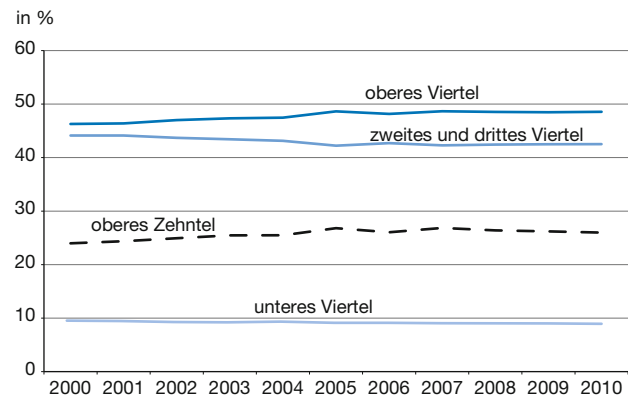
Viel geringer ist das Einkommen des unteren Viertels aller Haushalte – und deren Einkommen hat bis Mitte der letzten Dekade an Gewicht verloren. Zwar gibt es auch andere Hinweise darauf, dass zuletzt die Einkommensungleichheit nicht weiter zugenommen hat, eine Trendumkehr – d.h. ein Zurück hin zu einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung – zeichnet sich aber nicht ab.¹² Die Daten sprechen eher dafür, dass die Einkommensungleichheit auf dem erreichten Niveau stagniert. Aufgrund aktueller Diskussionen um die sogenannte Mittelschicht sei angemerkt: Die nach 2000 gewachsene Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung darf nicht mit einem Schrumpfen der sozialen Mittelschicht gleichgesetzt werden; überdies ist eine sozialstrukturelle Zuordnung von Personen oder Haushalten allein anhand der Einkommen aus soziologischer Sicht allzu simplifizierend. Die soziale Mittelschicht in Deutschland umfasst immer noch etwa drei Viertel der Menschen in Deutschland.¹³ Das darf aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ungleicher gewordene Einkommensverteilung ein soziales, politisches und auch ökonomisches Problem darstellt. Dieses Verteilungsproblem sollte nicht fehlgedeutet und für ein Lamento über eine angeblich schrumpfende Mittelschicht verwendet werden.

11 Zum SOEP vgl. G. G. Wagner, J. Göbel, P. Krause, R. Pischner, I. Sieber: Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender), in: ASTA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, Nr. 2/2008.

12 M. M. Grabka, J. Goebel, J. Schupp: Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten?, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 43/2012.

13 Vgl. G. G. Wagner: Die Inflation der Mittelschicht-Begriffe führt in die Irre, in: Wochenbericht des DIW, 79. Jg. (2012), Nr. 51-52, S. 20.

Abbildung 3
Anteile von Haushaltsgruppen am gesamten Nettojahreseinkommen der privaten Haushalte



Anmerkung: Angaben für die einzelnen Jahre erhoben im jeweils darauf folgenden Jahr.

Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel (v28); eigene Berechnungen.

Divergente Ersparnisbildung

Wer ein hohes Einkommen erzielt, kann davon auch viel zurücklegen. Wer dagegen nur wenig an Einkünften hat, muss sehen, wie er damit durch den Alltag kommt; für Rücklagen bleibt oft nichts oder nicht viel. Dies lässt sich schon an den verfügbaren Daten zeigen, die allein über die monatliche Ersparnisbildung informieren. Dabei wird das gesamte tatsächliche Sparen – vor allem im oberen Bereich der Einkommensverteilung – unterschätzt, weil dort wohl in erheblichem Maße auch in Form von Darlehenstilgung (meist für eine Immobilie) gespart wird oder beispielsweise manche Einnahmen wie Dividendenausschüttungen und Sparzinsen nur jährlich anfallen und solche Einkunftsarten wohl in besonders starkem Maße zur Ersparnisbildung genutzt werden. Vom unteren Zehntel der Haushalte auf der Einkommensskala konnte der allergrößte Teil – mehr als 80% – monatlich gar nichts in den Sparstrumpf stecken (vgl. Tabelle 2). Bei dem Zehntel am oberen Ende der Einkommensskala war das dagegen nur bei einer Minderheit – einem Achtel – der Fall. Etwa die Hälfte dieser Haushalte hat monatlich mehr als 10% der Einkommen gespart; bei reichlich einem Viertel waren es sogar mehr als 20%. Entsprechend hat sich im Laufe der Zeit die Summe der monatlichen Ersparnisse aller Haushalte immer mehr hin zu jenen mit einem hohen Einkommen verschoben. Entfielen auf das Zehntel der Haushalte am oberen Ende der Skala 2000 noch etwa 30% aller laufenden Ersparnisse, waren es 2011 schon immerhin knapp 38% (vgl. Tabelle 3). Der schon früher geringe Anteil, der von den monatlichen Ersparnissen auf die unteren Einkommensgruppen der Haushalte entfällt, ist dagegen noch

Tabelle 2
Private Haushalte nach Einkommensdezilen und ihr Sparanteil am laufenden Monateinkommen 2011

in %

Haushalte nach der Höhe ihrer Monatsnettoeinkommen	Anteil der Haushalte, die vom laufenden Monteseinkommen ... sparen können					Nachrichtlich: Sparquote
	Nichts	bis 5%	5% bis 10%	10% bis 20%	über 20%	
unteres Zehntel	83	3	6	6	2	1,8
2. Zehntel	65	8	12	10	5	4,3
3. Zehntel	50	10	14	18	8	6,4
4. Zehntel	41	8	19	23	9	7,9
5. Zehntel	37	7	20	23	13	8,3
6. Zehntel	36	17	15	18	14	9,0
7. Zehntel	28	16	19	25	13	9,9
8. Zehntel	24	15	21	26	14	10,7
9. Zehntel	17	13	27	25	18	11,6
oberes Zehntel	16	13	18	24	29	17,0
Insgesamt	40	11	17	20	12	11,0

Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel (v28); eigene Berechnungen.

kleiner geworden. Dieser Befund gilt auch, wenn die Größe und die Zusammensetzung der Haushalte und somit deren Bedarf berücksichtigt wird.¹⁴

Wenn die Vermögenseinkommen und die Einkommen der Gutverdiener in überdurchschnittlichem Maße zulegen und wenn diese relativ viel sparen, die Haushalte mit geringem Einkommen dagegen nichts oder kaum etwas zurücklegen, dann ist eine immer stärkere Vermögenskonzentration die zwangsläufige Folge. Die Daten derjenigen Untersuchungen, die hierüber Auskunft geben, reichen nur bis 2007. Damals entfielen 60% aller privaten Vermögen auf das Zehntel derjenigen Personen mit den höchsten Vermögen.¹⁵ Im Vergleich zu 2003 ist der Anteil gestiegen – damals waren es knapp 58%. In allen anderen nach der Höhe ihres Vermögens differenzierten Personengruppen hat dagegen der auf sie entfallende Anteil an den gesamten privaten Vermögen in Deutschland abgenommen oder nur stagniert. Solche Personen, bei denen die Schulden höher waren als das Bruttovermögen – sofern überhaupt eines vorhanden war –, sind in dem besagten Zeitraum noch mehr ins Minus gerutscht. In der Summe kam 2007 etwa die Hälfte aller Einwohner auf überhaupt kein nennenswertes Vermögen. Angesichts der

14 Die Bedarfsgewichtung wurde nach der Konvention der OECD vorgenommen. Danach erhält das erste erwachsene Haushaltsmitglied den Faktor „1“, jede weitere Person ab 14 Jahren erhält den Faktor „0,5“ und die Haushaltsmitglieder unter 14 Jahren den Faktor „0,3“. Das Haushaltseinkommen dividiert durch die Summe der ermittelten Faktoren ergibt das bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen.

15 J. Frick, M. M. Grabka: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 4/2009.

Tabelle 3
Verteilung der laufenden monatlichen Ersparnisse der Privathaushalte nach deren Einkommensdezilen

in %

Haushalte nach der Höhe ihrer Monatsnettoeinkommen	2001		2006		2011	
	unge-wich-tet	äqui-valenz-gewich-tet	unge-wich-tet	äqui-valenz-gewich-tet	unge-wich-tet	äqui-valenz-gewich-tet
unteres Zehntel	1,0	0,8	0,8	0,7	0,5	0,5
2. Zehntel	2,7	2,4	1,8	1,4	1,7	1,3
3. Zehntel	4,5	3,9	3,7	3,3	3,2	2,5
4. Zehntel	6,1	5,4	5,3	4,7	4,7	4,1
5. Zehntel	7,8	7,4	6,6	5,9	5,9	6,0
6. Zehntel	8,4	8,8	7,9	7,8	7,4	7,8
7. Zehntel	10,5	10,5	9,1	9,2	9,7	10,0
8. Zehntel	12,2	13,0	12,0	13,1	12,4	12,5
9. Zehntel	16,5	17,5	16,5	16,0	16,5	17,6
oberes Zehntel	30,3	30,2	36,2	38,0	37,9	37,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Das Sozio-oekonomische Panel (v28); eigene Berechnungen.

beschriebenen Entwicklungen beim Einkommen und Sparen dürfte sich die Tendenz zur Vermögenskonzentration gewiss nicht abgeschwächt haben, vielmehr ist das Gegenteil anzunehmen.

Arbeitsmarktentwicklung

Anfang 2013 wird die Lage der deutschen Wirtschaft – trotz einer gewissen Skepsis über die weitere konjunkturelle Entwicklung – grundsätzlich in rosigen Farben gemalt. Aber die zutage getretenen strukturellen Schwächen mancher Staaten wie in Südeuropa sollten nicht als Maßstab dienen, um der eigenen Position eine Stärke zuzuschreiben. Wenig überzeugend ist auch die in den Medien und auch in großen Teilen der Wissenschaft vertretene Auffassung, dass durch die Arbeitsmarktreformen der zuvor angeblich „kranke Mann“ genesen und mutiert ist und nun eine „starke Frau“ mit neu gewonnener Kraft auf der internationalen Bühne agieren kann.

Die deutsche Wirtschaft hatte nie Probleme mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, sondern war in der ersten Hälfte der vergangenen Dekade einer konjunkturellen Schwächephase ausgesetzt, deren Überwindung durch eine für Deutschland zu restriktive Geldpolitik der EZB erschwert wurde. Damals war die binnenwirtschaftliche Nachfrage das Problem und nicht so sehr die Außenwirtschaft, denn es wurden auch damals Exportüberschüsse erzielt. In der Handelsbilanz ist das übrigens von 1952 bis heute Jahr für Jahr der Fall gewesen. Angeregt durch eine immer stärkere Auslandsnachfrage setzte mit Zeitverzug eine Be-

lebung auf dem Binnenmarkt ein – ein auch schon aus früheren Zeiten bekanntes Muster konjunktureller Erholung in Deutschland. Die Arbeitsmarktreformen haben indes kaum nachweisbare Wirkung entfaltet; das gilt vor allem für deren Kernstück – die Hartz-IV-Reform. Weder ließ sich nachweisen, dass die Verweildauer der entsprechenden Erwerbslosen in der Arbeitslosigkeit gesunken war,¹⁶ noch dass sich deren Suchverhalten, die Höhe der bei der Aufnahme eines Jobs geforderten Entlohnung oder ihre Arbeitsbereitschaft nach der Reform verändert hat.¹⁷

Die Hartz-IV-Reform basierte auf der Annahme, dass es den Arbeitslosen an der Arbeitsmoral mangeln würde. Allerdings war aber schon zuvor bekannt, dass das lediglich für eine kleine Minderheit zutrifft. Es fehlte nicht an der Arbeitsbereitschaft, es gab zu wenige Arbeitsplätze. Wirkung hat dagegen die Reform der Leiharbeit gezeigt, offen bleibt aber, ob die vermehrte Beschäftigung in der Leiharbeit auf die gesetzlichen Veränderungen zurückzuführen ist oder ob sie nicht vor allem das Ergebnis vermehrter Aufträge bei den entleihenden Betrieben war. Im Kern ist die reformierte Leiharbeit schließlich nichts anderes als eine neue institutionalisierte Form für die Randbelegschaften, deren Beschäftigung besonders stark auf konjunkturelle Einflüsse reagiert.

So erfreulich die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auch ist, kann sie nicht als das unmittelbare Resultat einer erfolgreichen Therapie verstanden werden. Zwar hat es in Deutschland einen Zuwachs an Beschäftigten gegeben. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ist dabei aber kaum gestiegen – laut amtlicher Statistik war sie 2012 gerade einmal um 0,3% höher als 2000. Bei der Zahl der Erwerbstätigen betrug der Zuwachs im selben Zeitraum dagegen 5,6%. Der Befund sollte auch nicht erstaunen: Bei einem langfristig eher schwachen Wirtschaftswachstum ist kaum ein Wachstum des Arbeitsvolumens zu erwarten, zumal weiterhin Produktivitätssteigerungen wirksam sind. Entlastet wurde der Arbeitsmarkt zudem dadurch, dass die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter geschrumpft ist. Zuwächse beim Erwerbspotenzial, die allerdings schwächer geworden sind, rühren im Wesentlichen von einer gestiegenen Erwerbsbeteiligung her – insbesondere bei älteren Arbeitskräften sowie bei Frauen. In den vergangenen zwei Jahren hat es zudem verstärkte Zuwanderungen gegeben – insbesondere aus den 2004 zur EU beigetrete-

nen Staaten sowie – aber weniger – aus den südeuropäischen Krisenländern. Überdies gibt es immer noch knapp 3 Mio. Arbeitslose und etwa ½ Mio. Erwerbsloser ist in diversen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen untergebracht oder wurde wegen des Alters aus der Statistik herausgenommen.¹⁸ Von einer Vollbeschäftigung ist Deutschland also noch weit entfernt. Zudem gibt es verdeckte Unterbeschäftigung; so arbeitete 2011 knapp ein Sechstel aller Teilzeitbeschäftigten nur deshalb verkürzt, weil sie keine Vollzeitstelle finden konnten – das waren etwa 1,7 Mio. Personen.

Starke Exportabhängigkeit

Nicht nur etliche europäische Volkswirtschaften, sondern auch die deutsche Wirtschaft (und damit die Gesellschaft) weisen strukturelle Probleme auf. Die deutsche Volkswirtschaft war und ist zwar leistungsfähig, aber sie ist außerordentlich stark vom Außenhandel abhängig. Das ist einerseits eine Stärke, andererseits aber auch eine Schwäche, da die deutsche Volkswirtschaft und somit ihr Einkommen von Einflüssen und Entwicklungen abhängen, die nur begrenzt und zu einem großen Teil überhaupt nicht national steuerbar sind. In Deutschland beläuft sich der Wert der exportierten Güter auf reichlich die Hälfte des BIP; etwas kleinere Staaten wie Frankreich oder Großbritannien kommen nur auf etwa halb so hohe Werte, die USA und Japan jeweils auf ein Siebtel. Das macht die deutsche Wirtschaft sehr anfällig gegenüber Schwankungen der Auslandsnachfrage. Vor allem fallen aber permanent Außenhandelsüberschüsse an. Das stößt in Europa zunehmend auf politische Widerstände, weil die deutsche Zurückhaltung bei den Importen die Absatzchancen von ausländischen Anbietern schmälert.

Dieses schon lange Zeit zu beobachtende Phänomen ist ein hausgemachtes deutsches Problem. Dessen Kern ist auf die Auseinanderentwicklung der funktionalen Einkommen und damit auf eine gewachsene soziale Ungleichheit zurückzuführen. Das wirft nicht nur Gerechtigkeitsfragen, sondern auch Fragen nach der Tragfähigkeit eines übermäßig auf Exporterfolge ausgerichteten wirtschaftlichen Wachstumsmodells auf. Schließlich steht dem Leistungsbilanzüberschuss ein Überschuss der Ersparnisse über die Investitionen – jedenfalls im Inland – gegenüber. Deutschland lebt somit permanent *unter* seinen Verhältnissen, da im Inland zu wenig an Gütern verbraucht, also zu wenig konsumiert und investiert wird. Vermögende und reicher gewordene Haushalte mögen zwar absolut gesehen viel ausgeben und sich auch Luxusgüter anschaffen, insgesamt

16 S. Fehr, G. Vobruda: Die Arbeitslosigkeitsfalle vor und nach der Hartz-IV-Reform, in: WSI-Mitteilungen Nr. 5/2011.

17 K. Brenke: Hartz IV – Das Problem ist nicht die Arbeitsmoral, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 6/2010; K. Brenke: Die Hartz IV-Reform aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive, Vortrag auf dem Workshop „Hartz IV/RSA – Entwicklung und Gestaltung der deutschen und französischen Fördersysteme zur Rückkehr zur Arbeit“, Universität Paris, 7.2.2011 (als Manuskript vervielfältigt).

18 Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Dezember und Jahr 2012, Nürnberg 2013, S. 94.

aber sparen sie einen erheblichen Teil ihrer Einkünfte; ein Teil der Kaufkraft wird deshalb nicht genutzt.

Wirtschaftspolitische Folgerungen

Die aktuelle wirtschaftspolitische Debatte wird von der anhaltenden Krise im Euroraum bestimmt. Diese Krise hat viele Facetten. Unübersehbar kam es zuvor zu Fehlanreizen und entsprechenden Fehlentwicklungen. Die deutliche Verminderung der früher hohen Zinssätze nach der Gründung der Währungsunion und die Kapitalzuflüsse aus dem Norden haben in Griechenland die ohnehin bestehende Überkonsumption noch weiter angefacht, und in Spanien entstand eine Blase auf dem Immobilienmarkt, die nun geplatzt ist.

Ohne den Euro – und die fixen Wechselkurse innerhalb der Eurozone – wäre das extrem exportgetriebene deutsche Wachstumsmodell nicht umsetzbar gewesen. Denn der durch die schwache Lohnentwicklung erzielte Wettbewerbsvorteil auf den Exportmärkten hätte unweigerlich eine Aufwertung der nationalen Währung – in diesem Falle der D-Mark – nach sich gezogen. Der Vorteil wäre dadurch aufgezehrt worden.

Um den Euro zum Erfolg zu führen, ist eine an den Erfordernissen der gesamten Währungsunion ausgerichtete Politik vonnöten. Genauso schädlich wie die Überkonsumption in Griechenland oder die Immobilienblase in Spanien ist die mit der gewachsenen Einkommensungleichheit einhergehende Unterkonsumption in Deutschland. Mitunter wird behauptet, dass Deutschland die Wachstumslokomotive in der EU sei. Diese Ansicht ist grundfalsch, denn ein Land, das mehr exportiert als importiert, kann nicht die Lokomotive sein, sondern immer nur ein Trittbrettfahrer, da es darauf angewiesen ist, dass seine produzierten Güter anderswo Käufer finden.

Für das in Europa so wichtige Deutschland ist zumindest eine Lohnpolitik erforderlich, die den Verteilungsspielraum ausschöpft, der sich aufgrund der Produktionszuwächse ergibt – und für einige Jahre wären sogar kräftige

Lohnsteigerungen oberhalb des Verteilungsspielraums sinnvoll, wenn man die deutsche Unterkonsumption und die entstandenen Spannungen in der Eurozone mindern möchte.¹⁹ Therapieansätze, die eine Lohnzurückhaltung anmahnen, sind in der aktuellen Situation äußerst fragwürdig.

Über hohe Lohnsteigerungsraten hinaus wäre es – nicht nur aus verteilungspolitischen oder Gerechtigkeitsgründen, sondern auch im Interesse makroökonomischer Stabilität denkbar, in Deutschland das Rad der Umverteilung hin zu den hohen Einkommen und Vermögen in die andere Richtung zurückzudrehen. Zum Beispiel durch eine Vermögensabgabe könnte der Staat einmalig zusätzliche Steuereinnahmen erzielen, und diese Mittel könnten für Zukunftsaufgaben eingesetzt werden – wie zu einer besseren finanziellen Ausstattung des Bildungssektors oder für Investitionen in die Infrastruktur.²⁰ Auf diese Weise würden Mittel in den Wirtschaftskreislauf fließen und die Inlandsnachfrage würde belebt. Die Besitzer großer Vermögen würden davon zwar getroffen, aber es ist kaum anzunehmen, dass sie deshalb gesamtwirtschaftlich spürbar ihren privaten Verbrauch einschränken würden. Und das Land verlassen würden sie wohl auch nicht in größerer Zahl. Dazu lebt es sich in Deutschland viel zu gut.

Politische Schlussfolgerungen sind freilich keine Frage positiver Analyse, sondern Fragen nach den Zielen, die Steuer- und Wirtschaftspolitik in Deutschland verfolgen sollen. Diese Fragen können nur von den Wählerinnen und Wählern beantwortet werden.

¹⁹ Vgl. Peter Bofinger: Wirtschaftsweiser fordert Lohnplus von fünf Prozent, in: Spiegel Online, 6.1.2013, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/peter-bofinger-wirtschaftsweiser-fordert-lohnplus-von-fuenf-prozent-a-875948.html>; vgl. auch G. Horn et al.: Inmitten der Krise des Euroraums – Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2013, in: IMK Report, Nr. 79, 2013, S. 1-19.

²⁰ Vgl. S. Bach, G. G. Wagner: Vermögensabgaben dürfen kein Tabu sein, in: Euro am Sonntag, 23.12.2012; sowie H. Enderlein, G. G. Wagner: Die Steuern erhöhen, in: Handelsblatt, Nr. 171, 5.9.2011, S. 8-9; und H. Enderlein, G. G. Wagner: Wo bleibt das Glück?, in: Cicero, H. 10, 2011.

Title: *Unequal Income and Wealth Distribution Curbs Growth*

Abstract: *In Germany in the last decade, corporate incomes have increased much more sharply than private household incomes. At the same time, the inequality of household incomes has increased. High-income households have profited particularly from investment income and self-employment. The income gap has not widened further in recent years, but the high level of inequality already reached in 2005 has resulted in a sustained reduction of consumer spending. What is needed now is a level of income and wealth distribution that will strengthen domestic demand.*

JEL Classification: O11, E21, E64